



AL/GRÜNE TÜBINGEN, AM LUSTNAUER TOR 6, 72074 TÜBINGEN

Interne Dienste
Stadt Tübingen

HELGA VOGEL
FR.-SCHAAL-STR.62/1
72074 TÜBINGEN
TEL: 0 70 71 / 8 26 32

helga.vogel@web.de
www.al.gruene.de

den 14.März 2010

Betrifft Grundsteuer

Antrag

Die Verwaltung setzt sich auf verschiedenen Wegen für Steuergerechtigkeit bei der Grundsteuer und Aktualisierung der Einheitswertfeststellung ein und berichtet darüber.

Die Verwaltung teilt mit, welche Finanzmittel ihr entgehen durch die Nichtanpassung der Grundsteuer z.B. bei Modernisierung und durch das Ausbleiben von Aktualisierungen seit 1964.

Begründung:

Bei unseren Änderungsanträgen zum Haushalt 2010 haben wir angeregt, die Stadt solle beim Finanzamt auf Aktualisierung der Einheitswertfestsetzung drängen.

Die Verwaltung hat darauf geantwortet, die Anpassung der seit 1964 geltenden Einheitswerte sei ein Thema der Bundesgesetzgebung.

Bei Umbau und Neubau erfolgten Aktualisierungen zeitgerecht nach monatlichen Meldungen der Baufertigstellung an das Finanzamt.

Das soll wohl im Idealfall so sein, ist aber in der Praxis nicht der Fall. Bürger beschwerten sich über Ungleichbehandlung bei Neubau – hier wird scheinbar eher zeitnah eingestuft und Modernisierung, hier wird scheinbar so viel wie gar nicht neu eingestuft, obwohl es Regeln dafür gibt, ja es werden Bürgern nach Umbau die alten Einstufungen nahe gelegt.

Auf Proteste von Bürgern wegen Ungleichbehandlung wird vom Finanzamt auf Personalmangel verwiesen.

Über Informationen zu Umbauten scheint das Finanzamt durch Anmeldung bei den Steuererklärungen durchaus zu verfügen, sie hätten aber keine Kräfte, dies in ihrem Hause abzugleichen.

Die Folge: der Stadt entgehen Steuereinnahmen, die ihr zustehen und die in der Haushaltskrise wichtig wären und die Bürger klagen über Steuergerechtigkeit.

Erhöhte Grundsteuerhebesätze wie jetzt angesichts der Haushaltslage beschlossen vergrößern die Ungerechtigkeiten weiter. Gruppen, die Erhöhungen von Grundsteuerhebesätzen kritisch gegenüber stehen, müssten zur Unterstützung von Maßnahmen zur Erlangung von mehr Steuergerechtigkeit gewonnen werden können!

Zur Aktualisierung der Einheitswertfestsetzungen empfiehlt es sich möglicherweise, mit anderen Städten, die ja derzeit fast alle von der Haushaltslage gebeutelt sind, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden.

Angesichts der Haushaltslage scheint uns ein Einsatz der Stadt Tübingen hier sehr geboten. Der Kommentar der Verwaltung zu unserem Antrag ist für uns nicht ausreichend.

Für die Fraktion AL/Grüne
Helga Vogel